



16.09.2011 | Nr. 398/11

Heike Franzen: zu TOP 40: Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Inklusion-aber es geht nicht ohne Förderschulen

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Zunächst einmal möchte ich mich für den vorliegenden Bericht der Landesregierung zur landesweiten Umsetzung von Inklusion in der Schule bedanken. Er liest sich erst einmal wie eine Erfolgsbilanz. Erfreulich sind die vielen Maßnahmen, die ergriffen worden sind, um Inklusion in der Schule und in den Kindergärten umzusetzen. Besonders wichtig ist mir dabei die Einbeziehung der Inklusion in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und in die der Lehrkräfte.

Hier zeigt der Bericht auf, dass es bereits viele Maßnahmen gibt, die Inklusion in der Ausbildung und der Weiterbildung zu verankern. Denn nur mit gut ausgebildeten Fachkräften kann es uns gelingen, guten inklusiven Unterricht an den Schulen zu realisieren. Das inzwischen über die Hälfte der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Regelschulen beschult werden, muss für uns auch die Herausforderung sein, hier für Qualität zu sorgen. Und daher begrüßt meine Fraktion es sehr, dass das Bildungsministerium einen Schulversuch starten will, um in einzelnen Kreisen Schwerpunktschulen einzurichten, die sich darauf konzentrieren, auch geistig- und körperbehinderte Kinder in den Regelschulen zu beschulen.

Dazu bedarf es der engen Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und den Eltern. Das ist der richtige Weg, um die Einbahnstraße zu verlassen, die nach dem Besuch einer Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige oder körperliche Entwicklung automatisch in der Unterbringung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen mündet. Selbstverständlich heißt Inklusion auch Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Besonders erfolgreich ist das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt. In den so genannten „Flexklassen“ werden Schülerinnen und Schüler aus Hauptschulklassen und Förderschulklassen gemeinsam auf den Hauptschulabschluss und den Berufseinstieg vorbereitet. Und damit ist es gelungen, die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von 2005 noch rund 10 % auf 6,9 % im letzten Jahr zu senken. Damit haben diese jungen Menschen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch ein paar Aspekte ansprechen,

die nicht im Bericht der Landesregierung stehen. Die Zahlen sind überaus erfreulich. Wir wissen aber, mal abgesehen von den Flexklassen, nicht, wie erfolgreich wir wirklich sind. Mir berichteten Lehrkräfte einer Schule, die schon lange erfolgreich Inklusion betreibt, dass trotz aller Maßnahmen junge Menschen mit Behinderungen ins Abseits geraten. Das hat meist nichts mit bösem Willen zu tun. In den ersten Jahren in der Grundschule ist das weniger festzustellen. Aber in der Sekundarstufe I entwickeln sich die Interessen der Schülerinnen und Schüler oftmals ganz anders, besonders bei lernbehinderten Jugendlichen. Die dann eben doch nicht mehr in der Gemeinschaft sind. Wie gehen wir eigentlich mit der Ressource Lehrkräfte um? Es ist immer noch so, dass Sonderpädagogen ihre Unterrichtsstunden im Auto verbringen, um von Schule zu Schule zu fahren, anstatt ihr wertvolles Wissen in den Schulen einzusetzen. Dieses Problem müssen wir lösen.

Und lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen. Im Artikel 7 der UN-Behindertenrechtskonvention steht folgendes: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

Vor diesem Hintergrund kann nicht für alle Förderschulen der Weg hin zu einer Schule ohne Schülerinnen und Schüler richtig sein. Wenn wir jungen Menschen mit Behinderungen die bestmöglichen Ausbildungsmöglichkeiten mit auf den Weg geben wollen, dann kann das nur gehen, indem es individuelle Möglichkeiten der Beschulung gibt. Dazu gehört für die CDU-Fraktion auch die intensive sonderpädagogische Beschulung in einem Förderzentrum. Und das auch für lernbehinderte Kinder.

Lassen Sie mich mit einem Satz unserer lernbehinderten Pflege Tochter enden. Ich fragte sie nach ihrem Umzug in eine Wohngemeinschaft der Schleswiger Werkstätten, wie es ihr den dort gefalle. Ihre Antwort: „Gut, hier bin ich nicht mehr anders!“